

Frank Kuschel
06.03.08

Presseinformation

Bürger fordern die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

„Die Landesregierung will an der Pflicht zur rückwirkenden und flächendeckenden Erhebung der Straßenausbaubeiträge bis 1991 festhalten und dabei nur Stundungsmöglichkeiten für die Bürger einräumen. Dieser Vorschlag ist eine Irreführung der Betroffenen im Vorfeld der Wahlen 2009“, kritisiert der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE Frank Kuschel.

Über dieses Vorhaben der Landesregierung diskutiert die Landtagsfraktion unlängst mit Kommunalpolitikern und Bürgerinitiativen. Dabei wurde erneut Unverständnis darüber geäußert, dass eine in Sachsen geltende Regelung in Thüringen nicht infrage kommen solle. In Sachsen könnten die Gemeinden selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe Straßenausbaubeiträge erhoben würden. „Was die CDU in Sachsen ermöglicht, darf die Thüringer CDU ihren Bürgern nicht verwehren“, fordert der Landespolitiker.

Nach Absichtserklärung der Landesregierung solle die Stundung der Straßenausbaubeiträge den Gemeinden überlassen werden. Damit hätten die Bürgerinnen und Bürger auch keinen gesicherten Rechtsanspruch. Auch die beabsichtigten Regeln zu den Mindestanteilen der Gemeinden würden als wenig hilfreich angesehen. „Es ist höchste Zeit, in Thüringen das Kommunalabgabenrecht weiter zu modernisieren. Nachdem 2005 die Wasserbeiträge abgeschafft und die Berechnung der Abwasserbeiträge bürgerfreundlicher ausgestaltet wurden, müssen nun endlich auch die Straßenausbaubeiträge reformiert werden“, verlangt Kommunalexperte Kuschel.

In den nächsten Wochen werde die Landtagsfraktion DIE LINKEN darüber diskutieren, wie man auf die CDU-Vorschläge reagiert. Die Sächsische Regelung werde dabei der Maßstab sein. „Es ist unsere Mindestforderung, dass auch die Thüringer Gemeinden selbst entscheiden dürfen, ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben“, so der Landespolitiker abschließend.

Frank Kuschel